

Bericht

des

schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1948

(Vom 5. Februar 1949)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1948 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

Am 8. Januar 1948 starb an einem Schlaganfall Herr Bundesrichter Dr. Robert Guex. Zu seinem Nachfolger wählte die Bundesversammlung am 11. März 1948 Herrn Dr. André Panchaud, Mitglied des waadtländischen Kantonsgerichts, der am 15. März sein Amt antrat.

Nach der Gesamtwiederwahl vom 16. Dezember 1948 für die Amtsdauer 1949—1954 hat das Bundesgericht am 17. Dezember seine Abteilungen und Kammern für 1949/50 neu bestellt. Im Vorsitz in den Hauptabteilungen ist keine Änderung eingetreten.

Als Ersatzmänner des Bundesgerichts wählte die Bundesversammlung an Stelle der ausscheidenden Herren Klöti, Bäschlin, Spiro, Zanolini und ab Yberg die Herren Dr. Silvio Giovanoli, Rechtsanwalt, Chur, Dr. Charles Reymond, Kantonsrichter, Lausanne, Dr. Kurt Schoch, Kantonsgerichtspräsident, Schaffhausen, Dr. Hans Tschopp, Oberrichter, Zürich, Dr. Karl Dannegger, Oberrichter, Bern, und als weitem (12.) Ersatzmann Herrn Dr. Claude Du Pasquier, Professor, Neuenburg.

In der eidgenössischen Schätzungskommission des Kreises V wählte das Bundesgericht im April 1948 an Stelle des verstorbenen Herrn a. Regierungsrat Otto Henggeler als 1. Ersatzmann des Präsidenten den bisherigen 2., Herrn Dr. Paul von Moos, und an dessen Stelle als 2. Ersatzmann Herrn Louis Schwegler, Baudirektor der Stadt Luzern. Anlässlich der auf Ende des Jahres vorgenommenen Neubestellung der Schätzungskommissionen für die neue Amtsdauer 1949—1954 trat in der Oberschätzungskommission an die Stelle

des demissionierenden Herrn Gottfried Hess Herr Alfred Mürset, Architekt in Zürich. In den Schätzungskommissionen wurden die vier eine Wiederwahl ablehnenden 1. Ersatzmänner des Präsidenten durch die bisherigen 2. Ersatzmänner und diese durch folgende Herren ersetzt:

Demissionierender 1. Ersatzmann:

2. Ersatzmann:

Kreis IV: Dr. Th. Staehelin, Basel,

Dr. Karl Obrecht, Solothurn,

Kreis V: Dr. Paul von Moos, Luzern,

Dr. Albert Zraggen, Luzern,

Kreis VI: Dr. Willy Wegelin, St. Gallen,

Dr. Rudolf Steiger, Rorschach

Kreis VII: Oberst J. P. Schmidt, Filisur,

Dr. Gianni Botta, Mendrisio.

Die übrigen Mitglieder bzw. Präsidenten und Ersatzmänner wurden in ihrem Amte bestätigt.

Als eidgenössischer Untersuchungsrichter für die romanische Schweiz wurde an Stelle des zurücktretenden Herrn Prof. Claude Du Pasquier in Neuenburg der bisherige Ersatzmann Herr Marcel Caprez, Gerichtspräsident in Lausanne, und als neuer Ersatzmann Herr Raymond Jeanprêtre, Gerichtspräsident in Neuenburg, gewählt. Die übrigen Untersuchungsrichter und Ersatzmänner wurden in ihrem Amte bestätigt.

Das Bundesgericht erliess eine Ausführungsbestimmung (vom 20. Oktober 1948) zum Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947 über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts (AS 1948, 1111). Das Gerichtsreglement vom 21. Oktober 1944 wurde in Artikel 5, 6, 8 und 18 abgeändert bzw. ergänzt (AS 1948, 1134 ff.).

Vernehmlassungen wurden erstattet dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zur Revision des Motorfahrzeuggesetzes und dem eidgenössischen Politischen Departement zur Frage der Arrestierung von Vermögen ausländischer Staaten.

Mit dem 1. Juli 1948 ist das neue Bundesgesetz über den Bundeszivilprozess in Kraft getreten.

Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts ist die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle von 2270 im Jahre 1947 auf 2258 im Berichtsjahre, also um 12 Geschäfte, zurückgegangen. Der Rückgang der Neueingänge entfällt hauptsächlich auf die staatsrechtlichen Streitigkeiten und die Schuldbetreibungsrekurse; die erstern gingen von 919 auf 858 (—61) und die letztern von 175 auf 136 (—39) zurück. Diese Rückgänge werden aber fast aufgewogen durch die Zunahme der Neueingänge in zivilen Berufungssachen von 341 auf 390 und in verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten von 259 auf 302. Die Geschäfte der staats- und verwaltungsrechtlichen Abteilung sind trotz dem erwähnten Rückgang der staatsrechtlichen Streitigkeiten immer noch stark erhöht gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1929—1939 (staatsrechtliche Streitigkeiten 691, verwaltungsrechtliche 164 im Jahresdurchschnitt). Der Zuwachs der staatsrechtlichen Geschäfte entfällt auf die Beschwerden betr. die Mietnotrechtserlasse des Bundes (1948: 173 Fälle = $\frac{1}{5}$ aller staatsrechtlichen Streitigkeiten).

Die Zahl der erledigten Fälle ist um 85 zurückgegangen, und dementsprechend mussten mehr Geschäfte auf das folgende Jahr übertragen werden (448 gegen 404). Die mittlere Hängigkeitsdauer ist bei den Berufungen und den Strafsachen merklich länger als im Vorjahr, ebenso bei den erstern die auf die Urteilsausfertigung entfallende Zeitspanne. Diese teilweise Verlangsamung des Geschäftsganges ist auf die starke Belastung einzelner Richter und Protokollführer durch die ordentlichen und ausserordentlichen Geschäfte (Raubgut) sowie auf Krankheiten bei Richtern und Sekretären zurückzuführen.

Eine starke Inanspruchnahme bildeten auch im Berichtsjahr wieder die auswärtigen Bundesstrafgerichtsprozesse wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Schweiz mit einer Dauer von zusammen 24 Tagen (Fälle Burri und Keller).

Wie im letztjährigen Geschäftsbericht noch mitgeteilt werden konnte, sind bei der Kammer zur Beurteilung von Klagen auf Rückerstattung in kriegsbesetzten Gebieten weggenommener Vermögenswerte (Raubgutkammer) am 31. Dezember 1947 gleichzeitig 811 derartige Klagen eingegangen. Von den zu Anfang 1948 hängigen 833 Fällen sind im Berichtsjahr 156 erledigt worden, wovon 119 durch Rückzug, 24 durch Klageanerkennung, 7 durch Gutheissung, 2 durch Abweisung, 3 durch Nichteintreten und 1 durch Vergleich. Falls sich von den auf 1949 übertragenen 677 Fällen (zuzüglich 10 aus erledigten Prozessen hervorgegangene Regressklagen) nicht demnächst ein wesentlicher Teil auf dem Vergleichswege erledigen lässt, so wird eine Änderung der Organisation dieser bundesgerichtlichen Sonderinstanz nötig sein, voraussichtlich entsprechend den grossenteils geringen Streitwerten im Sinne der Einführung von Einzelrichtern.

Die vom Gericht im Dezember 1946 zur Entlastung der staats- und verwaltungsrechtlichen Abteilung eingeführte Zuweisung von staatsrechtlichen Beschwerden wegen Verletzung von Artikel 4 BV aus dem Gebiete des Zivil- und Zivilprozessrechts, des Straf- und Strafprozessrechts sowie des Schuldbetreibungsrechts an die für die betreffende Materie zuständige Abteilung hat sich im Berichtsjahre wiederum durchaus bewährt. Ihr zufolge haben die I. Zivilabteilung 78, die II. Zivilabteilung 100 und der Kassationshof 82 staatsrechtliche Beschwerden erledigt, zusammen 260 Fälle (gegen 258 im Vorjahre).

Zuhanden eines Berichts des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Abbau der Personalbestände in der Bundeszentralverwaltung konnten wir im September 1948 dem eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement mitteilen, dass gegenüber 1938 die einzige Zunahme des personellen Bestandes des Bundesgerichts in der Vermehrung der Gerichtsschreiber und Sekretäre um je einen (von 6 auf 7 bzw. von 8 auf 9) besteht, die in den Jahren 1942—1944 zufolge des Inkrafttretens des schweizerischen Strafgesetzbuches und der starken Zunahme der Geschäfte der staats- und verwaltungsrechtlichen Abteilung unvermeidlich geworden war. Die erhöhte Belastung des Sekretariats durch die grossen Bundesstrafgerichtsprozesse sowie durch die zusätzlichen Funktionen, die der Bund dem Gericht übertragen hat, zwang uns im Berichtsjahr zur zeitweiligen Zuziehung von Aushilfssekretären.

Zahl der Sitzungen pro 1948

Plenum	2
I. Zivilabteilung	29
II. Zivilabteilung	37
Staatsrechtliche Kammer	32
Verwaltungsrechtliche Kammer	20
Kassationshof	27
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	4
Anlagekammer	3
Bundesstrafgericht	8
	<hr/>
	Total <u>162</u>

Statistik über die Erledigungen von 1944 bis 1948

Natur der Streitsache	1944			1945			1946			1947			1948			1949 übertragen
	Von 1943 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1944 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1945 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1946 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1947 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
I. Zivilsachen:																
1. Erst- u. letztinstanzlich zu beurteilende Zivilsachen	13	10	10	13	18	10	21	8	16	13	9	9	13	10	7	16
2. Berufungen gegen Urteile kantonalen Gerichte	53	356	346	63	358	338	83	348	363	68	341	338	71	390	378	83
3. Zivilrechtl. Beschwerden (aOG)	9	52	53	8	3	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nichtigkeitbeschwerden	.	.	.	—	7	4	3	12	14	1	11	9	3	11	10	4
4. Andere Zivilsachen (Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	1	22	23	—	20	18	2	4	4	2	9	8	3	11	9	5
5. Rekurse in Expropriationsachen	6	16	8	14	14	19	9	10	5	14	6	9	11	15	8	18
II. Strafsachen	26	396	397	25	404	402	28	457	460	25	531	523	33	519	499	53
III. Staatsrechtliche Streitigkeiten	154	773	795	132	776	751	157	933	881	209	919	939	189	858	874	173
IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten	61	297	280	78	303	298	83	348	335	96	259	283	72	302	294	80
V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen	4	222	223	3	185	182	6	175	178	3	175	173	5	136	127	14
b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Eanken-Samierungen	2	7	2	7	7	9	5	6	10	1	6	4	3	3	5	1
VI. Freiwillige Gerichtsbar.	2	1	2	1	3	4	—	1	1	1	4	4	1	3	3	1
Total	331	2152	2139	344	2098	2046	397	2302	2267	433	2270	2299	404	2258	2214	448

B. Spezieller Teil

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1948 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1947 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1949 übertragen
1. Vom Bundesgericht als einziger Zivilgerichtsstanz zu beurteilende Streit- sachen (Art. 41 und 42 OG)	13	10	23	7	16
2. Berufungen (Art. 43 f. OG)	71	390	461	378	83
3. Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 68 OG) .	3	11	14	10	4
4. Revisions-, Erläuterungs- und Modera- tionsbegehren	3	11	14	9	5
5. Rekurse in Enteignungssachen	11	15	26	8	18
Total	101	437	538	412	126

Von den Berufungen wurden 205 abgewiesen, 38 ganz oder teilweise gutgeheissen, 47 durch Rückzug oder Vergleich erledigt; auf 65 wurde nicht eingetreten und 23 Fälle wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Die auf 1949 übertragenen 83 Berufungen sind alle im Berichtsjahre eingegangen, davon 53 in den Monaten November und Dezember; von den übrigen ist ein guter Teil, insbesondere aus dem Kanton Zürich, eingestellt bis zur Erledigung eines hängigen kantonalen Nichtigkeitsverfahrens.

II. Strafrechtspflege

a. Die Anklagekammer hatte sich mit 51 Fällen (Vorjahr 60) zu befassen, wovon zwei aus dem Jahre 1947, nämlich mit:

der Aufsicht über 3 Voruntersuchungen, d. h.

dem Fall Keller Max Leo wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft;

dem Fall Vitianu Solvan und Konsorten wegen Wirtschaftsspionage etc.;

dem Fall Beyrenn Fernand und Konsorten wegen Ausstellung falscher Affidavits, Ausstellung falscher Domizilbescheinigungen usw.;

die Erledigung von 2 dieser Fälle wurde auf das Jahr 1949 übertragen.

47 Gerichtsstandsstreitigkeiten: 34 Gerichtsstandsstreitigkeiten unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 13 Fällen erfolgte die Festsetzung des Gerichtsstandes auf Begehren einer Partei; die Erledigung von 2 Begehren wurde auf das Jahr 1949 übertragen.

1 Streitigkeit unter Kantonen wegen Verweigerung der Rechtshilfe.

b. Das Bundesstrafgericht hat den seit dem Vorjahr hängigen Fall gegen Franz Burri und 40 Mitangeklagte in einer achtzehntägigen Sitzung beurteilt, während der Prozess gegen Max Leo Keller in einer sechstägigen Sitzung behandelt wurde. Die dem Bundesgericht zugewiesenen Strafsachen gegen Rechtsextremisten sind damit erledigt.

14 Begehren um Löschung im Strafregister gemäss Artikel 41, Ziffer 4, StGB wurden gutgeheissen.

Zwei Verurteilte, die in Abwesenheit beurteilt worden waren, ersuchten um Wiederaufnahme des Verfahrens. Auf beide Begehren wurde nicht eingetreten.

Einem Gesuch um Bestimmung des Anwaltshonorars in einer vom Bundesstrafgericht abgeurteilten Sache wurde entsprochen.

In einem Falle hatte das Bundesstrafgericht gemäss Artikel 41, Ziffer 3, StGB über den Vollzug einer Strafe zu entscheiden, die es bedingt aufgeschoben hatte. Es sah von der Anordnung des Vollzuges ab.

c. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 488 (im Vorjahr 471), wovon 29 aus dem Jahre 1947.

Davon wurden erledigt:

durch Gutheissung der Beschwerde	59	
» Abweisung der Beschwerde	226	
» Nichteintreten	122	
» Rückzug	32	
		439
Unerledigt blieben		49
		<u>488</u>

Ausser diesen Geschäften hat der Kassationshof 90 staatsrechtliche Fälle (wovon 6 aus dem Vorjahre) übernommen. Davon wurden 82 beurteilt und 8 auf das neue Jahr übertragen.

Von den insgesamt 521 erledigten Geschäften wurden gemäss Artikel 275^{bis} BStP und Artikel 92 OG 300 vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

Die 49 auf 1949 übertragenen Geschäfte sind mit einer Ausnahme im Berichtsjahr eingegangen, 27 davon im Monat Dezember.

d. Ausserordentlicher Kassationshof.

Im Berichtsjahre sind 4 Geschäfte eingegangen. Sie wurden teils durch Abweisung, teils durch Nichteintreten, teils durch Rückzug der Nichtigkeitsbeschwerde erledigt.

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1948 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erliegt	Auf 1949 übertragen
1. Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden und kantonalen Behörden (Art. 83 a OG)	—	1	1	—	1
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG)	1	4	5	4	1
3. Streitigkeiten zwischen Vormundschaftsbehörden verschiedener Kantone (Art. 83 c OG)	—	2	2	2	—
4. Beschwerden von Privaten und Korporationen (Art. 84 a OG)	182	839	1021	856	165
5. Beschwerden wegen Verletzung von Konkordaten (Art. 84 b OG)	1	—	1	1	—
6. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG)	—	1	1	1	—
7. Beschwerden wegen Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden (Art. 84 d OG)	1	—	1	—	1
8. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG)	2	5	7	6	1
9. Revisions- und Erläuterungsbegehren	2	6	8	4	4
Total	189	858	1047	874	173

Von den auf 1949 übertragenen Geschäften stammen eines aus dem Jahre 1934, 6 aus dem Jahre 1945, 17 aus dem Jahre 1946, 14 aus dem Jahre 1947. Die übrigen sind im Geschäftsjahre eingegangen (davon 94 in den Monaten November und Dezember).

Von den 856 Beschwerden von Privaten und Korporationen (Ziff. 4 obiger Tabelle) sind 188 durch Nichteintreten, 108 durch ganze oder teilweise Gutheissung und 389 durch Abweisung erledigt worden; 171 sind zurückgezogen worden oder konnten als gegenstandslos abgeschrieben werden.

305 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 78 Fälle von der I. Zivilabteilung, 100 Fälle von der II. Zivilabteilung und 82 Fälle von dem Kassationshof.

Wegen mutwilliger Beschwerdeführung bzw. Verletzung des durch die gute Sitte gebotenen Anstandes wurden 9 Beschwerdeführern bzw. Anwälten Ordnungsbussen auferlegt bzw. Rügen erteilt.

Vom Präsidenten der staatsrechtlichen Kammer waren 125 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG zu behandeln.

20 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs austausch mit dem Bundesrat und den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1948 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erliegt	Auf 1949 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben</i> (Art. 97 und 98 OG) . . .	44	212	256	213	43
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. <i>Registersachen:</i>					
a. Patent- und Markenrecht . . .	—	3	3	1	2
b. Handelsregister	1	12	13	11	2
c. Grundbuch	—	5	5	4	1
d. Zivilstand	1	4	5	4	1
2. Stiftungsaufsicht	2	—	2	2	—
3. Privatversicherung	—	1	1	1	—
4. Zollsachen	2	4	6	4	2
5. Fabrik- und Gewerbeswesen	3	14	17	7	10
6. Sozialversicherung	2	1	3	3	—
7. Post, Telephon und Telegraph . .	—	1	1	1	—
8. Schweizerbürgerrecht	5	9	14	9	5
9. Weitere Fälle (Art. 100 OG) . . .	—	5	5	4	1
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. gegen den Bund (Art. 110 OG) . .	2	16	18	12	6
b. aus dem Bundesbeamtenverhältnis (Art. 110 a OG)	2	2	4	4	—
c. aus Haftung für Unfälle infolge militärischer Übungen (Art. 110 b OG)	3	1	4	—	4
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben</i> (Art. 111 a OG) . . .	3	6	9	7	2
V. <i>Anstände über Entschädigung für Militärtransporte</i> (Art. 111 c OG)	1	—	1	1	—
VI. <i>Disziplinarrechtspflege</i> (Art. 117 ff. OG)	1	4	5	4	1
VII. <i>Revisionsbegehren</i>	—	2	2	2	—
Total	72	302	374	294	80

Von den 374 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten	7	
Rückzug oder Vergleich	82	
Gutheissung	80	
Abweisung	125	294
Übertragung auf 1949		<u>80</u>
		<u>374</u>

Von den übertragenen Geschäften stammen eines aus dem Jahre 1943, eines aus dem Jahre 1946, 5 aus dem Jahre 1947 und die übrigen aus dem Jahre 1948 (davon 35 aus den Monaten November und Dezember).

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 141 (37 weniger als im Vorjahr); davon waren 5 Fälle vom Vorjahr übernommen. Erledigt wurden 127, so dass 14 Fälle auf das Jahr 1949 übertragen werden mussten:

Die Erledigung erfolgte:

durch Nichteintreten	20
» Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	7
» ganze oder teilweise Gutheissung	27
» Abweisung	73
	<u>127</u>
	Total
	<u>127</u>

In einem Kanton war neuerdings eine ungebührlich lange Dauer des Rekursverfahrens (durchschnittlich 50 Tage) festzustellen.

Inspektionen wurden keine vorgenommen.

Mit der Frage nach der Zulässigkeit von Karteien für das Betreibungsbuch bzw. nach den bei solcher Registerführung zu beobachtenden Kautelen befasste sich die Kammer weiterhin (siehe den letztjährigen Bericht). Die hiebei wiederholt um Vernehmlassung ersuchte technische Kommission der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz leistete wertvolle Mithilfe.

Zum Entwurf des neuen Gebührentarifs brachte die Kammer (abgesehen von der einlässlichen Vernehmlassung im Vorjahre) Bemerkungen an. Sie erteilte ferner kantonalen Behörden wie auch der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz Bescheid über die Auslegung und Tragweite von Vorschriften des neuen Tarifs. Es wurde als zulässig befunden, dass ein mit Verrichtungen von Betreibungsweibern betrautes Gemeindesekretariat (im Kanton Tessin) jeweilen eine Gebühr von Fr. 2.50 bezieht, sofern es dem Betreibungsamt im einzelnen Falle mindestens soviel an Reiseentschädigungen erspart hat.

Auf eine Eingabe des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements erklärte sich die Kammer auf Zusehen hin damit einverstanden, dass die Zustellung des Handelsamtsblattes an die Betreibungsämter derjenigen Kantone unterbleibe, deren Amtsblatt die Eintragungen unmittelbar nach der Veröffentlichung im Handelsamtsblatt vollständig unter Angabe des Datums dieser Veröffentlichung aufnimmt und den Ämtern unentgeltlich zugestellt wird.

Die Verordnung vom 19. Dezember 1910 betreffend die Eintragung der Eigentumsvorbehalte bestimmt in Artikel 7, lit. b, es sei das Datum der Anmeldung einzutragen, während die entsprechende Rubrik in dem gleichzeitig aufgestellten und der Verordnung beigehefteten amtlichen Formular «Datum der Eintragung» überschrieben ist. Die mit der Bereinigung der Sammlung der Gesetze befasste Bundeskanzlei wies auf diesen Widerspruch hin. Es wurde ihr erwidert, der Verordnungstext sei gemäss dem Formulartext zu berichtigen; dem letztern gebühre nach den Vorarbeiten zu der Verordnung wie auch der Sache nach der Vorzug.

Auf eine Anfrage des eidgenössischen Amtes für geistiges Eigentum sprach sich die Kammer für die Erwähnung der Immaterialgüterrechte in Artikel 132 SchKG aus, was anlässlich der hängigen Teilrevision dieses Gesetzes geschehen mag. Zum bundesrätlichen Entwurf der SchKG-Revision brachte die Kammer Bemerkungen betreffend die Pfändbarkeit von Berufswerkzeugen und den Nachlassvertrag an. Sie äusserte sich zu der von der Generaldirektion der PTT in Aussicht genommenen Verlängerung der Abholfrist für Betreuungsurkunden (Zahlungsbefehle und Konkursandrohungen). Sie nahm Veranlassung, den Bundesrat auf das Unzeitgemässe einer absoluten Unpfändbarkeit von Ruhegehältern hinzuweisen, wie sie im neu vorgeschlagenen Bundesbeschluss betreffend die Professoren der ETH unverändert vorgesehen war.

Eisenbahn-, Hotel- und Gemeindesanierungen. Im Berichtsjahre waren 5 Gesuche (wovon 2 aus dem Vorjahre) um Einberufung von Gläubigerversammlungen nach der Verordnung betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anlehensobligationen hängig, und zwar:

- 3 Gesuche von Eisenbahngesellschaften,
- 1 Gesuch eines Hotelunternehmens und
- 1 Gesuch einer Gemeinde.

Die Beschlüsse der Gläubigerversammlungen dieser 5 Gesuchsteller sind im Laufe des Geschäftsjahres von der II. Zivilabteilung genehmigt worden.

Ein Gesuch einer Eisenbahngesellschaft um Durchführung des Nachlassverfahrens ist auf das nächste Jahr übertragen worden.

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte							Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschusses					
		bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer		Mittlere Dauer				
<i>I. Zivilsachen:</i>														
1. Erst- und letztinstanzliche Prozesse	7	—	1	—	2	2	2	—	3	7	—	21	3	45
2. Berufungen	378	132	180	55	11	—	—	—	—	7	15	2	—	51
3. Nichtigkeitsbeschwerden	10	6	4	—	—	—	—	—	—	2	19	1	7	30
4. Revisionsbegehren, Erläuterungsbegehren und Moderationsgesuche	9	4	4	1	—	—	—	—	—	3	16	1	—	12
5. Expropriationen	8	2	2	—	—	—	—	—	4	3	6	16	12	50
<i>II. Strafsachen</i>	499	297	155	46	1	—	—	—	—	—	6	1	36	19
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	874	349	376	117	29	3	—	—	1	—	12	1	22	20
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	294	23	116	127	25	3	—	—	1	5	15	3	10	26
<i>V. Beschwerden betr. Schuldbetreibungs- und Konkurswesen</i>	127	119	8	—	—	—	—	—	—	1	22	—	10	20
Total	2206	932	846	946	68	8	6							

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

- Kreis I: Von 15 Geschäften (5 SBB, 1 PTT, 4 militärische Anlagen, 1 elektrische Anlage, 4 Schiessplätze) wurden 8 erledigt.
- Kreis II: Von 5 Geschäften (1 OZD, 3 militärische Anlagen, 1 Kraftwerk) wurden 4 erledigt.
- Kreis III: Von 11 Geschäften (3 SBB, 1 PTT, 3 militärische Anlagen, 2 Kraftwerke, 1 andere elektrische Anlage, 1 Privatbahn) wurden 3 erledigt.
- Kreis IV: Von 12 Geschäften (1 PTT, 2 militärische Anlagen, 3 Kraftwerke, 3 Schiessplätze, 3 Privatbahnen) wurden 8 erledigt.
- Kreis V: Von 10 Geschäften (3 SBB, 3 militärische Anlagen, 4 elektrische Anlagen) wurden 9 erledigt.
- Kreis VI: Von 7 Geschäften (2 SBB, 2 PTT, 2 Kraftwerke, 1 Flugplatz) wurden 5 erledigt.
- Kreis VII: Von 8 Geschäften (2 SBB, 4 militärische Anlagen, 1 elektrische Anlage, 1 Privatbahn) wurden 5 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 5. Februar 1949.

Im Namen des schweiz. Bundesgerichts,

Der Präsident:

Blocher

Der Gerichtsschreiber:

Heiz
